

## Frankfurter Lebensmittelversorgung.

Das Gewerkschaftsartell und die Vertrauensmänner der sozialdemokratischen Partei hatten für gestern abend eine Versammlung einberufen, zu der auch Vertreter verschiedener Behörden erschienen waren. Vom Generalkommando waren der Leiter des Kriegswirtschaftsamts Major von Braun-Dehrens, Hauptmann Emmerling, Oberleutnant Horne und einige andere Offiziere anwesend, als Vertreter des Regierungspräsidenten Regierungsrat Ulrici (Wiesbaden), ferner die Stadträte Dr. Köhler, Medbach, Dr. Giller und Schmidt. Für Oberbürgermeister Voigt, der zur Besprechung der Kohlenversorgung Frankfurts in Berlin weilte, war Bürgermeister Dr. Luppe erschienen. Alle Redner betonten, daß die Eingabe der Arbeiter an die Sache des Vaterlandes durch das Treiben der Spekulanten, des Wüchters, des Schleichhandels und der ungenügenden Fürsorge der Behörden bei der Verteilung der Lebensmittel schlecht gelohnt worden sei. Besonders geächtet wurde die Preistreiberei für Obst und Gemüse, die Produzenten und Zwischenhändlern ungebührlich hohe Gewinne bringe. Mit aller Entschiedenheit müsse man ein energisches Eingreifen der Behörden verlangen, zu denen das Volk kein Vertrauen mehr habe. Hauptmann Emmerling gab als Vorstand der volkswirtschaftlichen Abteilung des Generalkommandos zu, daß die Kartoffelversorgung im abgelaufenen Wirtschaftsjahr sehr schlecht gewesen sei. Alles wäre besser geworden, wenn aus dem Großherzogtum Hessen Kartoffeln nach Frankfurt hätten geliefert werden dürfen. Das Generalkommando sei in diesem Sinne, für die kommende Kartoffelversorgung, mit aller Entschiedenheit an die Reichsstoffstelle herangetreten. Gegen das Aufkaufen der neuen Ernte auf dem Schleichweg habe man vorgehen müssen, weil sonst abermals die Kartoffelversorgung Frankfurts in Frage gestellt worden wäre. Oberleutnant Horne machte Mitteilungen über die Zuweisung besonderer Lebensmittel an die Schwerarbeiter. Bürgermeister Dr. Luppe erklärte, die Erregung der Bevölkerung über die schlechte Nahrungsmittelversorgung wohl verstehen zu können, lehnte aber die Verantwortung hierfür für die Stadtverwaltung ab, die sich den Anordnungen der Zentralstellen habe fügen müssen. Stadtverordneter Gräf wandte sich gegen die Ausbeutung des deutschen Volkes durch das Agrarierturn. Für den Schutz der Produzenten sei jetzt genug geschehen, es müsse nun endlich auch etwas für die Konsumenten getan werden. Regierungsrat Ulrici (Wiesbaden) wies darauf hin, daß die Behörden dem Handel gegenüber einen schweren Stand haben. Er werde aber veranlassen, daß der hiesige Polizeipräsident und die Stadtverwaltung in der schärfsten Weise gegen die Ueberschreitung der Höchstpreise vorgehen. Unter allen Umständen müsse verhütet werden, daß die Stimmung im Volk weiter sinke. Parteisekretär Wittich will Ueberschreitung der Höchstpreise nicht nur mit Geld, sondern auch mit Freiheitsstrafen ahnden wissen. Reichstagsabgeordneter Dr. Quara hält von der Einrichtung der Höchstpreise nichts, solange nicht Beschlagnahme und gerechte Verteilung der Vorräte damit verbunden ist. Folgende Forderungen wurden von der Versammlung einstimmig angenommen.

1. Bekämpfung des Schleichhandels und scharfe behördliche Kontrolle der privaten Angebote und Aufkäufe von Lebensmitteln. Energische Maßnahmen gegen die Ueberschreitung der Höchstpreise.
2. Bestimmte Verteilung von mindestens 50 Gramm Butter oder Fett pro Kopf und Woche.
3. Lieferung von Kartoffeln zur Einkellerung in den Monaten Oktober und November pro Familienglied mindestens 3 Zentner. Bis dahin Lieferung von 1½ Pfund Kartoffeln pro Tag und Person.
4. Sofortige Aufhebung aller Ausführverbote der Bundesstaaten, für Frankfurt, besonders von Hessen und Bayern. Eventuell Errichtung eines Zweckverbandes, umfassend die Bezirke Wiesbaden, Kassel und das Großherzogtum Hessen.
5. Unbedingte Sicherung der im Kohlenverteilungsplan vorgesehenen Mengen Heizungsmaterial und gleichmäßige Verteilung an die Einwohner. Teilnahme der Arbeiterschaft an der Kontrolle über die Kohlenversorgung.